



Ausgabe Oktober 2020

HIBS-TEAM NEWSLETTER

**Sehr geehrter Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**



Wir, die sieben Landtagsabgeordneten innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sogenannte „HiBs-Team“. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen, machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark. Dabei ist es uns ein großes Anliegen, die Interessen der Menschen aus unseren Wahlkreisen auch direkt vor Ort zu unterstützen.

Mit dem Tag der Deutschen Einheit liegt für uns der vielleicht schönste und wichtigste Tag deutscher Geschichte hinter uns. Als Wolfgang Schäuble 1990, als damaliger Innenminister der Bundesrepublik Deutschlands, den Einigungsvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik unterschrieb, wurde der 03. Oktober zum gesetzlichen Feiertag bestimmt. Dieses Jahr feiern wird nun schon 30 Jahre ein geeintes Deutschland. Doch unsere Welt entwickelt sich stetig weiter. Klimawandel, die Corona-Pandemie und das allmähliche Erschöpfen unserer natürlichen Rohstoffe stellen Wissenschaft und Politik gleichermaßen vor große Herausforderungen. Um so wichtiger ist es daher mit Innovationen den richtigen Mittelweg zu finden. Als Beispiel sei hier die Wasserstofftechnologie genannt, welche in diesem Newsletter den Leitartikel bildet. Zu diesen und weiteren Themen haben wir als „HiBs-Team“ in unserem Newsletter Stellung genommen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit herzlichen Grüßen

Ihr HiBs-Team

Frank Oesterhelweg

Uwe Schünemann

Veronika Koch

Thomas Ehbrecht

Laura Hopmann

Christoph Plett

Oliver Schatta

Leitartikel

Bernd Althusmann: Wasserstoff – Rohstoff der Zukunft



Vorne v. l. n. r. Oesterhelweg, Althusmann, Schünemann; hinten v. l. n. r. Ehbrecht, Koch, Plett, Schatta

Die drohenden Folgen des Klimawandels machen es erforderlich, dass mittelfristig alle unsere Lebensbereiche nahezu vollständig klimaneutral gestaltet werden. Deutschland ist dabei mit der Energiewende im Strombereich auf einem guten Weg. Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hat Niedersachsen mit seinem hohen Potenzial an erneuerbaren Energien.

Strom ist jedoch nur ein Teil des deutschen Energieverbrauches. Viele Anwendungen lassen sich aus technologischen oder ökonomischen Gründen nur schwer elektrifizieren, sodass wir insbesondere für die Schwerindustrie, den

Schwerlastverkehr und als Rohstoffe auch künftig auf flüssige oder gasförmige Energieträger angewiesen sein werden. Während hier in der Vergangenheit fossile Energieträger eingesetzt wurden, werden diese im Rahmen des Transformationsprozesses sukzessive durch klimaneutralen Wasserstoff - und aus diesem erzeugte synthetische Kohlenwasserstoffe – ersetzt werden müssen. Der Einsatz von Wasserstoff wird damit in Zukunft eine Schlüsselrolle für unsere Wirtschaft einnehmen.

Neben dem hohen Potenzial an erneuerbaren Energien bietet Niedersachsen weitere Alleinstellungsmerkmale, die wir für den Aufbau einer umfassenden Wasserstoffwirtschaft in unserem Land und damit zusätzliche Wertschöpfung nutzen wollen. Zu diesen Alleinstellungsmerkmalen gehören insbesondere die Kavernen zur künftigen Speicherung von Wasserstoff, unsere Seehäfen zum Im- und Export von Anlagen der Wasserstoffwirtschaft und Energieträgern, die maritimen Unternehmen und die vorhandene wissenschaftliche Expertise sowie Industriezweige mit erheblichen Erfahrungen im Umgang mit Wasserstoff.

Schon in den vergangenen Jahren sind in Niedersachsen erfolgreiche Produkte entwickelt und in den Markt gebracht worden, die weltweite Aufmerksamkeit finden, wie der Brennstoffzellenzug von Alstom oder das Antriebskonzept für Müllsammelfahrzeuge von Faun. Mit der E-Gas

Landtag

Anlage von Audi in Werlte und der Hochtemperatur-elektrolyse am Standort der Salzgitter AG wurden darüber hinaus erste Wasserstoff-Projekte in Niedersachsen erfolgreich umgesetzt.

Uns ist bewusst, dass wichtige bundespolitische Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer umfassenden Wasserstoffwirtschaft bisher fehlen. Die Norddeutschen Länder haben sich daher mit der Norddeutschen Wasserstoffstrategie gemeinsame Ziele gesetzt und erste Maßnahmen entwickelt, insbesondere auch um gegenüber der Bundesregierung als eine Region aufzutreten und die entsprechenden Rahmenbedingungen für eine Wasserstoffwirtschaft einzufordern.

Frank Oesterhelweg: Leineschloss im Landtag neu eröffnet – Oesterhelweg: „Auch hier wird mit MKN-Technik gekocht!“

Hannover. Die Gastronomie im hannoverschen Leineschloss, dem Sitz des Niedersächsischen Landtages, steht unter neuer Federführung. Während einer kleinen Einweihungsfeier begrüßte Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg nun auch offiziell Johannes Lühmann als neuen Betreiber, dessen Onkel Volker Lühmann bereits vor 25 Jahren dort tätig war. „Als Wolfenbütteler Abgeordneter freue ich mich natürlich sehr darüber, dass nicht nur eisgekühlter Jägermeister aus Wolfenbüttel angeboten wird, sondern ein weiteres Unternehmen aus der Lesingstadt präsent ist: In der Küche wird auch mit MKN-Technik gearbeitet ... die Ergebnisse können sich wirklich sehen lassen!“ Frank Oesterhelweg freut sich auch zukünftig auf zahlreiche Gäste im Landtag in Hannover ... im politischen und auch im gastronomischen Teil des Hauses.



Frank Oesterhelweg (Dritter v. l.) in der Küche des Leineschlosses.

Frank Oesterhelweg / Veronika Koch: Enquêtekommision zum Ehrenamt nimmt Arbeit auf

Im Niedersächsischen Landtag in Hannover kam am 2. Oktober 2020 zum ersten Mal die neue Enquêtekommision „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ zusammen. Die beiden HiBs-Abgeordneten Veronika Koch aus Helmstedt und Frank Oesterhelweg aus Wolfenbüttel arbeiten in der überparteilichen Parlamentskommission mit und kündigen schon jetzt Dialogveranstaltungen in den Wahlkreisen unserer Region zu dem Thema an.

„Die Kommission hat vom Parlament den Auftrag bekommen, Rahmenbedingungen für das vielfältige ehrenamtliche Engagement in Niedersachsen zu verbessern“, verdeutlichte Frank Oesterhelweg den Arbeitsauftrag. Und er fügte hinzu: „Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe.“

„Wir wollen mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ins Gespräch kommen, ihre Interessen und Bedürfnisse nach Hannover tragen und gemeinsam mit Experten die anstehenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts kompetent und sachgerecht bewältigen“, schilderte Koch, die als ehrenamtlich Tätige selbst um viele Problemlösungen aus der täglichen Ehrenamtsarbeit weiß.

Der Enquêtekommision gehören 25 Mitglieder an: 14 Mitglieder des Landtages und elf Sachverständige, die nicht Abgeordnete sind. Die Experten sind landesweit in der Ehrenamtsarbeit tätig oder forschen dazu. In der heutigen konstituierenden Sitzung hat sich die Kommission vorgenommen, zuerst die Handlungsfelder für die drängenden Herausforderungen rund um das Ehrenamt zu erarbeiten. Danach sollen Maßnahmen zur Förderung und Stärkung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten Engagements vorgelegt werden. Dabei sollen auch Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Ehrenamtsquote von Frauen und jungen Erwachsenen entwickelt werden. Nicht zuletzt werden auch konkrete Maßnahmen und Gesetzesvorschläge zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Mandat erarbeitet.



Die Enquêtekommision mit Frank Oesterhelweg (Vierter v. l.) und Veronika Koch (Zweite v. r.)

Wissenschaft und Forschung

Christoph Plett / Veronika Koch: HiBs-Region als Wasserstoff-Hotspot in ganz Deutschland entwickeln



v. l. n. r. Veronika Koch und Christoph Plett

Wasserstoff und im speziellen „grüner Wasserstoff“, also CO₂-neutral erzeugter Wasserstoff, ist ein Energieträger der Zukunft, damit die Energiewende hin zu einer emissionsarmen und langfristig emissionsfreien Energiewirtschaft gelingen kann. Bei der Umsetzung der bundesdeutschen „Nationalen Wasserstoffstrategie“ (NWS) und der „Norddeutschen Wasserstoffstrategie“ der fünf norddeutschen Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird die Region Hildesheim-Braunschweig (HiBs-Region) eine zentrale Rolle spielen.

Um „grünen Wasserstoff“ zu erzeugen, braucht es zunächst einmal erneuerbare, CO₂-frei erzeugte Energie als Grundlage zur Elektrolyse für die Wasserstoffherzeugung. Niedersachsen ist

dabei als Windenergie-Bundesland Nummer eins prädestiniert, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen. In Ost-Niedersachsen kann der gewonnene „grüne Strom“ nah am Entstehungsort und ohne große Einbußen durch lange (Leitungs-) Wege in großen Wasserstoffzentren mittels Elektrolyse in grünen Wasserstoff umgewandelt werden, der dann entweder zeitweise gespeichert oder der Industrie bzw. anderen Abnehmern zur Verfügung gestellt wird.

Besonders geeignet hierzu sind auch zwei Projekte in der HiBs-Region, eines im Landkreis Helmstedt und ein weiteres im Landkreis Peine: Das Kohlekraftwerk Mehrum ist ein circa 40 Jahre altes Steinkohlekraftwerk im Landkreis Peine, das im Zuge der anstehenden Auktionen im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen „Kohleausstiegsgesetzes“ vermutlich innerhalb der nächsten Jahre vom Netz gehen wird, möglicherweise nach einer Übergangszeit in der stillen Reserve. Das Braunkohlekraftwerk Buschhaus im Landkreis Helmstedt ist ein etwa 35 Jahre altes Braunkohlekraftwerk im Helmstedter Revier, das sich bereits seit circa vier Jahren nur noch in der stillen Reserve befand und zum 1. Oktober endgültig abgeschaltet wurde. Beide Standorte haben mehrere Gemeinsamkeiten: Sowohl in Mehrum als auch im Helmstedter Revier befinden sich ehemalige beziehungsweise nur noch für überschaubare Zeit in Betrieb befindliche Kraftwerksstandorte

mit einer guten Infrastruktur, insbesondere einer guten Strominfrastruktur mit erstklassiger Anbindung an das überregionale Leitungsnetz, ein hohes Know-how im Energiesektor, qualifizierte Fachkräfte und viel Platz auf großen Kraftwerks- und/oder Tagebaugeländen. Dazu ist die Region Hildesheim-Braunschweig mit ihrer zentralen Lage im Herzen Deutschlands bestens als strategischer Energiestandort geeignet.

Am Standort Mehrum arbeitet ein Konsortium, unter anderem aus der tschechischen Betreiberfirma des heutigen Kohlekraftwerks, überregionalen Großunternehmen, Stadtwerken und regionalen Versorgern, Stromnetzbetreibern, Universitäten, Forschungseinrichtungen, den Landesministerien für Wirtschaft und Umwelt und weiteren Partnern an der Realisierung eines Wasserstoffzentrums zur Produktion von Wasserstoff. Ein entscheidender Vorteil Mehrums: die zentrale Lage im deutschen Stromnetz, nahe gelegen an einem großen Nord-Süd/Ost-West-Knotenpunkt deutschlandweiter Stromleitungen. Bei der Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien, insbesondere auf Windenergie, stellt sich grundsätzlich das Problem der fehlenden Grundlastfähigkeit, die bislang durch konventionelle fossile oder nukleare Kraftwerke sichergestellt wurde. Hier bietet der Standort Mehrum mit seiner Lage einen Vorteil: Ein hier neu entstehendes Wasserstoffzentrum zur Elektrolyse durch grünen Strom könnte an

windreichen Tagen potenziell überschüssigen (Wind-) Strom aus dem Netz entnehmen, um mittels Elektrolyse Wasserstoff herzustellen, an windarmen Tagen oder bei hohem Strombedarf kann mit diesem Wasserstoff wieder elektrische Energie erzeugt und in das Stromnetz eingespeist werden und dieses regulieren. Der Wasserstoff kann somit die für die Energiewende so zentrale Sprecherfunktion übernehmen und ihr zu einer Grundlastfähigkeit verhelfen, ohne dafür weiterhin fossile oder nukleare Kraftwerke in Reserve halten zu müssen. Für die Stromnetzbetreiber ist es von großem Interesse, das Stromnetz an zentraler Stelle regulieren und mögliche Spannungsschwankungen ausgleichen zu können.

In Kooperation mit dem gerade entstehenden Wasserstoff-Campus auf dem Gelände der Firma Bosch in Salzgitter, besteht zudem die Möglichkeit, regionale Verbraucher, wie die dort ansässigen „Big Five“-Unternehmen Bosch, Alstom, Salzgitter AG, MAN und Volkswagen, aber auch große Städte im Umfeld, wie Hannover, Braunschweig oder Wolfsburg, mit ihrer vielfältigen Industrie- und Wirtschaftslandschaft sowie den vielen Privathaushalten als potenzielle Verbraucher des erzeugten Wasserstoffs zu gewinnen und unserer Stahl- und Mobilitätsindustrie auf dem Weg der Dekarbonisierung zu begleiten – mit Synergie- und Skalierungseffekten für alle Seiten.

Ein Beispiel, wie der Wasserstoff auch ganz konkret am Entstehungsort genutzt werden kann, befindet sich im Helmstedter Revier. Hier entsteht in Zusammenarbeit des Regionalmanagements Helmstedt und der innos GmbH, zusammen mit lokal ansässigen Firmen und mit Unterstützung des „Energie-Forschungszentrum Niedersachsen“ (EFZN), ein Modellvorhaben, das den Aufbau eines Ökosystems „Wasserstoffmobilität Region Helmstedt“ ermöglichen und dabei die gesamte Wertschöpfungskette von der Bereitstellung grünen Stroms über die Entwicklung und Produktion von innovativen Brennstoffzellenbussen bis hin zu deren Einsatz im öffentlichen Überlandpersonenverkehr vorsieht. Das Start-Up „Busses4Future“ hat dabei bereits einen Brennstoffzellenantrieb entwickelt, der eine deutliche längere Lebensdauer und einen um bis zu 30 Prozent geringeren Wasserstoffverbrauch im Vergleich zum Stand der Technik aufweist – Innovation aus der Region. In diesem Modellvorhaben soll die Wasserstoffmobilität von morgen schon in naher Zukunft Realität werden. Innerhalb von vier Jahren sollen auf dem Gelände des Zukunftsprojekts „Energiepark Helmstedt“ (EHE) circa 120 Busse mit Brennstoffzellenantrieb hergestellt werden und etwa 30 qualifizierte Arbeitsplätze entstehen. Mittelfristig sind 500 bis 1.500 Busse pro Jahr und 1.000 bis 3.000 Arbeitsplätze in Helmstedt denkbar. Bei dem Vorhaben wird die bereits vorhandene Infrastruktur genutzt und auf

bestehende Kompetenzen aufgebaut. Der Energiepark auf dem ehemaligen Kraftwerks- und Tagebaugelände bietet zudem weitere Entwicklungsflächen für Gewerbe, Industrie und Freizeit.

Das Besondere an diesem Projekt: Die gesamte Wertschöpfungskette der Wasserstoffwirtschaft wird in unserer Region gehalten. Die Erzeugung des grünen Stroms, neben der in vielen Windparks der näheren Umgebung erzeugten Windenergie ist im Kraftwerksgelände auch Energieerzeugung durch Fotovoltaik, Biomasse und Plastikabfälle vorgesehen, bietet die Möglichkeit zur industriellen Produktion von grünem Wasserstoff vor Ort, der nicht nur als Energieträger von immer größerer Bedeutung wird, sondern auch als Speichermedium für die Sektorkopplung der verschiedenen Industriezweige von zentraler Bedeutung sein wird und vor Ort im Energiepark die Dekarbonisierung für weitere Industriezweige, insbesondere der Mobilität, greifbar macht.

Es muss unser Ziel als Braunschweiger und Hildesheimer Region sein, im Zusammenspiel mit dem Wasserstoff-Campus in Salzgitter und den ortsansässigen Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen die Wasserstoffprojekte in Peine und Helmstedt in Zusammenarbeit mit dem Wasserstoff-Campus in Salzgitter weiter zu großen Wasserstoffzentren aufzubauen, die langfristig die komplette Wertschöpfungskette und viele qualifizierte, gut bezahlte

Arbeitsplätzen mit großem Zukunftspotenzial bei uns in der Region halten. Unsere geographisch-strategische Lage, die vorhandene Infrastruktur und das Know-how der Menschen in der Region bieten die perfekte Grundlage hierfür. Wir sind in der Verantwortung, politisch alle nötigen Rahmenbedingungen zu geben und mögliche Hürden aus dem Weg zu räumen.

Langfristiges Ziel muss es sein, unsere komplette Region zu dem Wasserstoff-Hotspot in Deutschland zu machen und auch einem neuen Exportschlager „Made in Germany“ mit auf die Beine zu helfen. Wasserstoff muss bei uns stattfinden, denn wo Wasserstoff entsteht und eingesetzt wird, wird Zukunft stattfinden.

Bildung und Kultur

Frank Oesterhelweg: Mit der KAS im Kino - „Ballon“

Wolfenbüttel. Am 3. Oktober findet traditionsgemäß das Deutschlandfrühstück der CDU statt. Zum 30. Jahrestag der Einheit hatte sich Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg bereits im vergangenen Jahr an die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) gewandt, Ziel: Kinoveranstaltung mit dem Film von Michael Bully Herbig, „Ballon“.

Das konnte angesichts der Corona-Pandemie nun nur in kleinerem Rahmen umgesetzt werden. „Trotzdem war es eine sehr berührende Veranstaltung. Der Film geht schon sehr zu Herzen, auch die Schilderungen unserer Zeitzeugen Dr. Günther Dilling und Uwe Schäfer haben die Gäste berührt. Danke an die KAS unter Leitung von Lina Berends für dieses Engagement!“, so Frank Oesterhelweg, der die Gesprächsrunde moderierte.



Zweiter v. l. Frank Oesterhelweg u. Erster v. r. Uwe Schäfer; Foto: Hans Verstegen

Frank Oesterhelweg: Bewegende Erinnerungsstunde zum Tag der Einheit in Werlaburgdorf

Zum 30. Geburtstag des vereinten Deutschlands und zum zehnjährigen Jubiläum der auf einer Eigentumsfläche von Frank Oesterhelweg gelegenen Gedenkstätte fanden sich am 2. Oktober trotz stürmischen Windes zahlreiche Werlaburgdorfer und viele auswärtige Gäste ein, unter ihnen Stellvertretender Landrat Uwe Schäfer. Dieser Tag sollte für uns alle ein Grund zum Feiern sein und bleiben", so hatten es Werlaburgdorfs ehemaliger Bürgermeister Frank Oesterhelweg, Pfarrer Frank Ahlgrim und Ortsbürgermeister Tobias Schliephake in ihrer Einladung formuliert. Die von Frank Ahlgrim geleitete Andacht wurde vom Posaunenchor Achim musikalisch begleitet. Alle drei Redner betonten die Bedeutung des Tages und des Platzes - der Blick auf den Brocken als „deutschen Schicksalsberg“ sei aussagekräftig und beeindruckend zugleich.



Andacht zum Tag der Einheit in Werlaburgdorf

Veronika Koch: 30 Jahre Deutsche Einheit – Persönliche Erinnerungen an die Grenzöffnung in Helmstedt

Am 3. Oktober 2020 erinnerten Landkreis und Stadt Helmstedt mit einem Festakt im ehrwürdigen Universitätsgebäude Juleum an die Grenzöffnung von vor 30 Jahren. Mit dabei war die Landtagsabgeordnete Veronika Koch, die in ihrem Elternhaus in Grasleben nur wenige hundert Meter von der innerdeutschen Grenze aufgewachsen war und ihre Erinnerungen erzählte. „Für mich war diese Grenze so präsent, dass ich bei einer Urlaubsreise in meiner Kindheit mit der Familie nach Österreich nicht glauben konnte, dass man hier den Grenzübertritt kaum bemerkte – hier gab es keine Zäune, Grenzanlagen oder sonstige Befestigungen“, erinnerte sich Veronika Koch, die zum Zeitpunkt der Grenzöffnung 17 Jahre alt war.

„Wir hatten immer viel Besuch aus der ehemaligen DDR, meine Eltern waren immer sehr bemüht, Brücken ‚nach Drüben‘ zu schlagen. Die Ängste und die bewussten Wahrnehmungen unserer Gäste bei ihrem Besuch im Westen, die manchmal etwas sonderbar erschienen, konnte man regelmäßig deutlich spüren. Als 15-Jährige reiste ich mit meiner Freundin im sogenannten kleinen Grenzverkehr mit dem Zug nach Marienborn. Dort wurden wir von Freunden meiner Eltern, die sie trotz des unüberwindbaren Zauns gewinnen konnten, abgeholt und wir verbrachten

unseren Tagesausflug in Haldensleben. Es erscheint verrückt, aber über diesen Besuch ist in der Stasi-Akte meines Vaters ein ausführlicher Bericht enthalten. Selbstverständlich unsere Personalien, zudem wie wir uns mit unseren Gastgebern begrüßt haben, sogar welche Bekleidung getragen wurde, ist hier dokumentiert worden. Diese offensichtliche von uns unbemerkte Observation unseres völlig unspektakulären Besuchs stimmt noch im Nachhinein nachdenklich; ich vermag mir nicht vorzustellen, wie sich dieser Umstand als DDR-Bürger anfühlte, wenn man vermutlich doch regelmäßiger und womöglich in deutlich persönlicheren Situationen derart beobachtet wurde.“

An die Tage der Grenzöffnung erinnert sich die Landtagsabgeordnete noch relativ gut: „Ich war wie besessen davon, dass bald die Grenzöffnung kommen sollte. Fast täglich machte ich mich auf den Weg, um mich an der Grenze zu informieren, ob und wann der Zaun denn endlich geöffnet würde. Und am 18.11.1989 war es dann ja auch schließlich soweit. Für mich war ein weiterer absoluter Glücksfall, dass ich Ende November 1989 ausgerechnet in der Samtgemeindeverwaltung Grasleben mein Schülerpraktikum absolvierte. Mit dem damaligen Verwaltungschef Gerd Stötzel durfte ich dann mehrere Male die Grenze passieren, was für mich ein großes Privileg war.

Heute ist dies alles zum Glück Geschichte – aber eben ein wichtiger Teil unserer Deutschen Geschichte, die nie in Vergessenheit geraten darf. Den nachfolgenden Generationen, selbst in unserer ehemaligen Grenzregion, sind die Umstände des geteilten Deutschlands kaum mehr bewusst. Desto wichtiger ist, dass wir uns daran erinnern und dafür einsetzen, dass solche menschenverachtenden Zustände nie wieder zurückkehren. Ich bin dankbar, dass wir in einem Land leben dürfen, in dem die längste Zeit seit Gründung der Bundesrepublik Frieden herrscht.“



Im Bild rechts zu sehen ist Veronika Koch (geb. Nitschke), die im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs nach Haldensleben reisen durfte und die plötzliche Grenzöffnung vor 30 Jahren kaum glauben konnte.

Umwelt und Landwirtschaft

Frank Oesterhelweg: CDU-Parlamentarier sprachen mit Landvolkvertretern – Niedersächsischer Weg war Hauptthema

Zu einem Informationsgespräch mit Landvolkviizepräsident Ulrich Löhr, Chef des Landvolkes im Braunschweiger Land, und seinem Wolfenbütteler Geschäftsführer Volker Meier trafen sich die Landtagsabgeordneten Veronika Koch, Christoph Plett und Frank Oesterhelweg an der Asse. Auch Armin Maus, Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung, war mit von der Partie. In der wunderbaren Umgebung einer von Ulrich Löhr bewirtschafteten Streuobstwiese mit ökologisch wertvollen Baumbeständen war man sich darüber einig, dass man nur gemeinsam etwas für den Natur- und Umweltschutz erreichen kann. Frank Oesterhelweg berichtete in diesem Zusammenhang auch vom "Runden Tisch zur Zukunft der Landwirtschaft", an dem in der vergangenen Wahlperiode CDU-Politiker gemeinsam mit Vertretern von Landvolk, Landfrauen, Tier- und Verbraucherschützern, Wasserexperten, Forschung und Wissenschaft u. a. über die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie und das Miteinander von Land- und Forstwirtschaft mit anderen gesellschaftlich relevanten Bereichen und Gruppen berieten.

Alle waren sich einig: Nur gemeinsam und auf der Basis von Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen ist den aktuellen Herausforderungen wie bspw. Welternährung, Klimawandel, Wasserversorgung, Insektenschutz, Bodenschutz und Biodiversität zu begegnen. Daran wolle man weiter und kontinuierlich arbeiten.



v. l. n. r.: Ulrich Löhr, Volker Meier, Frank Oesterhelweg, Christoph Plett, Veronika Koch



Ausgabe Oktober 2020

Thomas Ehbrecht: Koalitionsfraktionen halten Wort – Gesetz für mehr Artenschutz kommt in den Landtag

Hannover. Die Regierungsfractionen von SPD und CDU haben heute entschieden, das Gesetz für mehr Artenschutz in Niedersachsen als sogenanntes Fraktionsgesetz in den Niedersächsischen Landtag einzubringen. Damit gehen die Fraktionen einen großen Schritt auf dem Niedersächsischen Weg in Richtung zu mehr Natur- und Artenschutz, Biodiversität, Gewässerschutz und zukunftsorientiertem Umgang mit der Resource Landschaft.

Der „Niedersächsische Weg“ ist bundesweit einmalig. Um die Interessen von Landwirtschaft und Umweltverbänden in Einklang zu bringen, werden tragfähige Lösungen entwickelt, die der Verbesserung des Natur-, Arten- und Gewässerschutzes dienen.

„Unser Ziel ist es, zusammenzuführen und Natur- und Artenschutz, Biodiversität und Gewässerschutz mit unserer bäuerlichen Landwirtschaft zu versöhnen. Während der Nabu mit seiner Kampagne weiter spaltet, gehen die Regierungsfraction gemeinsam einen großen Schritt auf dem Niedersächsischen Weg“, sagt Dirk Toepffer, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraction.

„Mit dem heutigen Beschluss der Koalition kann der Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht

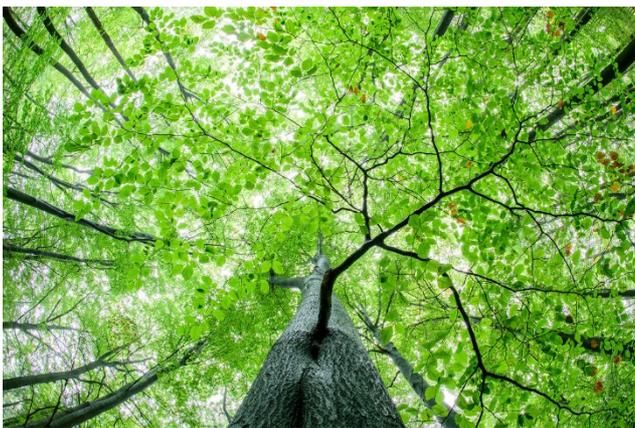
werden. Wir halten damit Wort und leisten unseren Beitrag für mehr Natur- und Artenschutz, stellen dabei ein geordnetes Verfahren sicher und unsere Bedenken zurück. Vom Nabu erwarten wir jetzt, dass auch dieser sich an sein Wort hält“, betont Toepffer.

Thomas Ehbrecht: Ökologischer Umbau von Wirtschaftswäldern soll gefördert werden

Der Deutsche Jagdverband (DJV) begrüßt die Förderung des Waldumbaus nach ökologischen Gesichtspunkten. Diesen hat die Agrarministerkonferenz (AMK) beschlossen. Die Förderkriterien soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe entwickeln, die bereits Anfang dieses Jahres eingesetzt wurde. Der DJV fordert, dass verschiedene Leistungsbereiche wie Biotopverbesserung und -verbund oder Walderschließung gleichwertig berücksichtigt werden, wenn es um die Definition ökologischer Kriterien der Waldprämierung geht. Dies ermöglicht eine breitere Beurteilungsbasis für die ökologische Wertigkeit von Wirtschaftswäldern. Praxisgerecht wäre laut DJV ein Kriterienkatalog in Form eines Werkzeugkastens, der in verschiedene Leistungsfelder wie Biotopschutz und Walderschließung aufgeteilt ist.

Für Biotopverbesserung gibt es zahlreiche Ansatzpunkte. Gestufte Waldinnen- und Außenränder beispielsweise wirken sich positiv auf das

Waldklima aus, indem sie die Wasserverdunstung mindern und durch Verwirbelung Winde abbremsen. Zugleich bieten sie Insekten, Kleinsäugetern, Vögeln und Wildarten wie Reh und Hase Unterschlupf und Nahrung. Offenflächen wie Waldwiesen sind ebenfalls Lebensräume für lichtliebende Arten, aber auch wichtige Nahrungsflächen für Pflanzenfresser. Daher sollte es auch honoriert werden, wenn ein Waldbesitzer darauf verzichtet durch Windbruch freigewordene Flächen zu bepflanzen. Aber auch die Umsetzung von Windkraftanlagen in diesen Bereichen wird Anerkennung finden, so Thomas Ehbrecht als Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Jägerschaft Duderstadt im Landkreis Göttingen.



Die vergangenen niederschlagsarmen Jahre haben deutlich vor Augen geführt, wie wichtig Erhalt oder Neuanlage von Feuchtbiotopen im Wald sind. Als Lebensraum für diverse Insekten, Amphibien und Reptilien bereichern diese Waldökosysteme. Zudem sind sie wichtige

Wasserquellen für Paarhufer. Dies kann Verbiss an Forstpflanzen verhindern. Mit Blick auf den Wegebau im Wald sollten Kriterien definiert werden, die eine für die Holznutzung notwendige Erschließung mit Aspekten der Biotopverbesserung verbinden.

Ein Großteil der Waldfläche in Deutschland besteht aus Wirtschaftswäldern, die zugleich von Pflanzen und Tieren als Lebensräume genutzt werden. Der Aufbau klimaresilienter Waldökosysteme, die sowohl eine solide ökonomische Grundlage bieten als auch dem Erhalt der Artenvielfalt dienen, kann nur mit der Natur gelingen. Eine verstärkte Ausrichtung des Waldbaus an ökologische Kriterien zum Aufbau baum- und strauchartenreicher Wälder ist dafür essenziell. Gemeinsam können also Politik, Naturschutzverbände – dazu zählen auch die Jägerinnen und Jäger sowie die Waldbesitzer in eine neue Zeit starten, das sehe ich ganz positiv.

Wirtschaft und Verkehr

Thomas Ehbrecht: Statement zu den beginnenden Bauarbeiten am Heidkopftunnel

Bad Gandersheim. Aufgrund von Fahrbahnschäden im Heidkopftunnel und den asphaltierten Vorfeldern wird der Heidkopftunnel der Autobahn A 38 zwischen der Anschlussstelle Arenshausen und den neu hergestellten Behelfszufahrten bei Reckershausen vom 01. November 2020 bis 28. Dezember, in der Richtungsfahrbahn Göttingen voll gesperrt.

Bereits im Vorfeld und in der Planungsphase konnten die beiden Landtagsabgeordneten Thomas Ehbrecht und Dr. Thadäus König (CDU-Thüringen) sich bei einem gemeinsamen Besuch am 21. August 2020 bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Bad Gandersheim einen Eindruck vom Fortschritt und vom geplanten Umfang der Bauarbeiten machen.

Im Zuge der gestern veröffentlichten Presseinformation der Landesbehörde zeigen sich beide Abgeordneten sehr zufrieden mit dem reibungslosen Verlauf des Zeitplans. „Die gute Planung des Bauvorhabens macht sich nun bezahlt. Es ist schön zu sehen, dass das Unterfangen im Zeitplan liegt und die Sanierungsarbeiten nun beginnen können.“, kommentiert Thomas Ehbrecht den Start der Baumaßnahmen.

Der Thüringer Abgeordnete Dr. Thadäus König betont weiterhin: „Das zügige Voranschreiten der Sanierungsarbeiten hat nun höchste Priorität, damit der Verkehr durch den Heidkopftunnel wie geplant schnellstmöglich wieder fließen kann. Ich bin mir aber sicher, dass sich auch hierbei die gute Planung in Bad Gandersheim bezahlt machen wird und die Strecke bald wieder befahrbar ist.“

Abschließend betonen beide Abgeordneten gemeinsam noch einmal die gute Zusammenarbeit mit der Straßenbaubehörde und ebenfalls den stets guten und konstruktiven Austausch untereinander. „Durch den permanenten Dialog kann über die Ländergrenzen hinweg stets ein gemeinsamer Weg gefunden werden, Probleme zu lösen und damit das beste Ergebnis für unsere Heimat im Eichsfeld zu erreichen.“



v. l. n. r.: Thomas Ehbrecht, Thadäus König



Ausgabe Oktober 2020

Thomas Ehbrecht: Telekom treibt Mobilfunkausbau im Landkreis Göttingen voran

Der CDU-Landtagsabgeordneten Thomas Ehbrecht, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung zeigt sich höchst erfreut darüber, dass die Telekom heute den verstärkten Ausbau des Mobilfunknetzes im Landkreis Göttingen verkündet hat. „Als zuständiges Ausschussmitglied ist es selbstverständlich sehr gut zu hören, dass der Ausbau der digitalen Infrastruktur in unserem Landkreis stetig weitergeht. Insbesondere in Zeiten der Corona-Krise ist eine stabile und möglichst schnelle Internetverbindung, vor allem im ländlichen Raum, von enormer Bedeutung für die Menschen. Es ist daher schön zu sehen, dass die Telekom unablässig am Ausbau des Mobilfunknetzes arbeitet und die größtmögliche Flächenabdeckung anstrebt. Auch in der Landespolitik arbeiten wir mit Nachdruck daran, die Umstände für den digitalen Ausbau möglichst schnell und unkompliziert voranzubringen. Dies ist das erklärte Ziel der Landesregierung und unseres Wirtschaftsministers.“

Die Mobilfunk-Versorgung im Landkreis Göttingen wird jetzt noch besser. Die Telekom hat dafür in den vergangenen neun Monaten einen Standort neu gebaut, vier mit LTE und 44 mit 5G erweitert. Durch den Ausbau verbessert sich die Mobilfunk-Abdeckung im Landkreis. Insgesamt steht damit mehr Bandbreite zur Verfügung.

Außerdem wird auch der Empfang in Gebäuden besser. Die Standorte stehen in folgenden Kommunen: Adelebsen, Bad Grund (Harz), Bad Lauterberg im Harz, Bad Sachsa (2), Bovenden (3), Bühren, Dransfeld, Duderstadt (3), Ebergötzen, Friedland, Gieboldehausen, Göttingen (8), Hannoversch Münden (4), Hattorf am Harz, Herzberg am Harz (4), Osterode am Harz (5), Rhumspringe, Rollshausen, Rosdorf (4), Seulingen, Staufenberg (2), Walkenried und Wollbrunnhausen. Die Standorte in Adelebsen, Bad Sachsa, Bovenden, Friedland, Göttingen, Hannoversch Münden, Rosdorf, Staufenberg (2) und Walkenried dienen zudem der Versorgung entlang der Autobahn, die Standorte in Bovenden (2), Hannoversch Münden (2) und Rosdorf (2) dienen zudem der Versorgung entlang der Autobahn/Bahnstrecke, die Standorte in Göttingen und Rosdorf dienen zudem der Versorgung entlang der Bahnstrecke und der Standort in Ebergötzen dient zudem der Versorgung entlang der Bundes-/Landstraße. Mit der Erweiterung um 5G erhält der Landkreis einen digitalen Standortvorteil.

Die Telekom betreibt im Landkreis Göttingen jetzt 103 Standorte. Die Bevölkerungsabdeckung liegt bei rund 98 Prozent. Bis 2022 sollen weitere 32 Standorte hinzukommen. Zusätzlich sind im selben Zeitraum an 13 Standorten Erweiterungen mit LTE und 5G geplant.



Faktencheck:

- 49 Mobilfunk-Standorte mit LTE und 5G neu gebaut oder erweitert
- Versorgung entlang BAB, Bahnlinie und Bundes-/Landstraße verbessert
- Versorgung prüfen auf www.telekom.de/netz-ausbau

Oliver Schatta: Sicherheit der Wasserversorgung wird in Hannover Thema



Hannover / Braunschweig. Die Frage der künftigen sicheren Wasserversorgung für die niedersächsische Wirtschaft und die Industrie wird zum Thema im Niedersächsischen Landtag gemacht. Auf Initiative des Braunschweiger Landtagsabgeordneten Oliver Schatta (CDU) wurde in der vergangenen öffentlichen Sitzung des Wirtschaftsausschusses erstmals ausführlich durch die Niedersächsische Landesregierung dazu unterrichtet. „Die Anforderung einer Unterrichtung war gut und hat gezeigt, dass eine komplette neue Erfassung zu diesem Thema in der niedersächsischen Verwaltung erforderlich ist. Im Wirtschaftsausschuss waren wir uns im Ziel einig, dass künftige Gewerbe- und Industrieprojekte weiterhin auf die Versorgung mit sauberem und günstig verfügbarem Wasser angewiesen sind. Um dies sicherzustellen wollen wir gemeinsam mit Wirtschafts- und Umweltministerium frühzeitig die passenden Zukunftskonzepte entwickeln, damit Wasserknappheit in Niedersachsen gar nicht erst entsteht“, schildert Schatta.

Sicherheit und Justiz

Uwe Schünemann: Extremisten haben im öffentlichen Dienst keinen Platz

Nach den schockierenden rechtsextremistischen Vorfällen bei der Polizei in NRW und Hessen fordert der niedersächsische Innenminister immer wieder neue Studien. Zuerst war es eine Studie über Rassismus in der Polizei. Jetzt soll es eine Alltagsstudie sein. Wer als Reaktion nur Studien fordert, dem fehlt der Mut zum Handeln. Dabei sollten die aufgedeckten Chatgruppen mit rechtsextremistischen Inhalten Anlass genug sein, zusätzliche Präventionsmaßnahmen zu ergreifen und auch die psychologische Betreuung unserer Polizistinnen und Polizisten deutlich zu verbessern. Dies gilt angesichts der zunehmenden Gewaltbereitschaft gegen Beamte und Verwaltungsmitarbeiter im Übrigen für den gesamten öffentlichen Dienst. Eine Studie, die nur eine einzige Gruppe von Beamten betrachtet und stigmatisiert, lehne ich ab. Wir haben kein Erkenntnisdefizit. Vielmehr müssen wir Maßnahmen ergreifen, um potenzielle Extremisten im öffentlichen Dienst zu identifizieren. Dazu gehört eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz im Bereich der Sicherheitsbehörden, der Justiz und der Bildung genauso wie die Einrichtung einer verwaltungsinternen unabhängigen Meldestelle. Selbstverständlich muss auch die im

Datenschutzgesetz vorgeschriebene Kontrolle von dienstlicher Kommunikation verstärkt werden. Wir erwarten von einem Innenminister schnelles und hartes Durchgreifen. Extremisten haben im öffentlichen Dienst keinen Platz!

Christoph Plett: Arbeit gegen Clankriminalität zeigt Erfolge, hohen Ermittlungsdruck aufrechterhalten, kriminell erwirtschaftetes Vermögen konsequent abschöpfen!

Beim Thema der Clankriminalität rund um den Friedrich-Ebert-Platz in der Peiner Südstadt hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten einiges getan. Nachdem insbesondere auf Initiative der CDU die Arbeit gegen kriminelle Familienclans intensiviert worden ist, etwa mit Überwachungskameras und der vor wenigen Monaten am Friedrich-Ebert-Platz errichteten und mit Überwachungskameras ausgestatteten mobilen Polizeiwache, ist in der Kriminalstatistik in diesem Bereich ein deutlicher Rückgang der Straftaten zu beobachten. Die ständige Präsenz der Polizei und der hohe Kontrolldruck zeigen die erhoffte Wirkung, gleichzeitig bietet die mobile Wache einen guten und stetigen Anlaufpunkt für Bürgerinnen und Bürger in der Peiner Südstadt.

Ich bin überzeugt: Die mobile Wache hat ihren Nutzen eindrucksvoll unter Beweis gestellt, eine dauerhafte Polizeipräsenz am Friedrich-Ebert-Platz ist absolut sinnvoll. Nach Ankündigung der



Ausgabe Oktober 2020

Polizei wird die mobile Wache nun aber zum 19. Oktober wieder abgebaut, da sich die Sicherheitslage am Friedrich-Ebert-Platz seit dem Sommer stark gebessert habe und die Aufrechterhaltung der mobilen Wache sehr personalintensiv sei, was für die Polizei an anderer Stelle zu Personalengpässen führe.

Ich meine dennoch: Eine Polizeipräsenz in der Peiner Südstadt, auch unabhängig von einer mobilen Wache, muss dauerhaft sichergestellt werden, um die positiven Entwicklungen der vergangenen Wochen und Monate bei der Zurückdrängung von Straftaten zu gewährleisten und eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Es muss überlegt werden, in welcher Form diese dauerhafte Polizeipräsenz am Friedrich-Ebert-Platz etabliert werden kann.

Sehr froh bin ich, dass die im Zuge der Arbeit gegen die Clankriminalität eingerichtete Ermittlungsgruppe der Polizei, die sich speziell mit diesem Thema beschäftigt, erhalten bleiben wird. Im Zusammenspiel mit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Clankriminalität in Hildesheim, die zum 1. Oktober ihre Arbeit aufgenommen hat, wird es so möglich sein, sehr zielgerichtet und effektiv gegen Clankriminelle vorzugehen und einen konstant hohen Ermittlungsdruck aufzubauen.

Insbesondere das Instrument der Vermögensabschöpfung bei kriminell erwirtschaftetem Vermögen halte ich dabei für äußerst zielführend:

Jegliches Vermögen, das in irgendeiner Form kriminell erwirtschaftet wurde, muss konsequent abgeschöpft werden. In Peine und in unserer ganzen Region darf für die Clans kein einziger Euro mehr leicht zu verdienen sein, es muss richtig ungemütlich und unattraktiv werden. So treffen wir die Clans da, wo es sie am stärksten trifft. Denn sicher ist: Wenn in Peine mit kriminellen Aktivitäten kein Geld mehr zu verdienen ist oder das mit sehr hohem Aufwand und hohem Verlust- und Strafverfolgungsrisiko verbunden ist, wird Peine als Standort für die Clans denkbar unattraktiv, die Aktivitäten werden sich einfach nicht mehr lohnen. Ein solches konsequentes Vorgehen erwarte ich mir für Peine und erhoffe ich mir auch für unsere gesamte Region und darüber hinaus.

Cartoon-Serie

Frank Oesterhelweg: Aus dem Leben eines Vizepräsidenten (3): „Ruhe bitte!“

Sitzungen des Niedersächsischen Landtages zu leiten, ist die fundamentale Aufgabe eines Vizepräsidenten. Er hat dafür zu sorgen, dass es im Parlament sachlich, seriös und gesittet zugeht. Hört sich einfach an, ist aber hin und wieder eine echte Herausforderung.

Schlagen die Wogen bei den Abgeordneten ein wenig zu hoch, helfen meist einige mahnende Worte; wird es stürmischer, sorgt der durchdringende Klang der Glocke für Rücksichtnahme auf den Redner.

Hält sich der wiederum partout nicht an die Regeln, gibt es da einen kleinen unscheinbaren Knopf. Mit dem schalte ich einfach sein Mikrofon ab. Tolle Technik!



Bild: Tobi Wagner



Ausgabe Oktober 2020

Terminvorschau und Veranstaltungshinweise

20. Oktober 2020 | Goslar | Frank Oesterhelweg

Festakt der KAS zum 70. Geburtstag der CDU

24. Oktober 2020 | Schliestedt | Frank Oesterhelweg

Erntedank-Besuch im Seniorenzentrum Schloß Schliestedt

27. Oktober 2020 | Gifhorn | Frank Oesterhelweg

Grußwort bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an die ehemalige Landtagsabgeordnete Ingrid Klopp

29. Oktober 2020 | Braunschweig | Frank Oesterhelweg

Veranstaltung "Die Niedersachsenpartei" mit Dr. Bernd Althusmann

29. Oktober 2020 | 18:00-21:00 Uhr | Duderstadt | Thomas Ehbrecht

Caritasverband Südniedersachsen, Besichtigung des inklusiven Campus, St. Ursula Schule Duderstadt

30. Oktober 2020 | 18:30-22:00 Uhr | Wahlkreisbüro | Thomas Ehbrecht

Wahlkreistreffen der Vorsitzenden und HVB's aus dem Wahlkreis 15

01. November 2020 | Hannover | Frank Oesterhelweg

Appell der Panzerlehrbrigade 9, Verleihung des Namenszusatzes "Niedersachsen"

05. November 2020 | 17:30 Uhr | Wolfenbüttel | Frank Oesterhelweg

CDU-Kreisparteitag in der Lindenhalle

07. November 2020 | Hannover

CDU-Landesparteitag

09. November 2020 | 14:00-16:30 Uhr | Teistungen | Thomas Ehbrecht

Besuch des Grenzlandmuseums Teistungen mit Minister Björn Thümler

10.-12. November 2020 | Landtag Niedersachsen

Livestream zum Plenum des Niedersächsischen Landtages: <http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtag461.html>



Ausgabe Oktober 2020

13. November 2020 | 18:00-21:00 Uhr | Thomas Ehbrecht

Vorstandstreffen der Jägerschaften im Landkreis Göttingen

18. November 2020 | 19:00 Uhr | online | Uwe Schünemann

Facebook live: Landtagsstammtisch mit Uwe Schünemann

12. September 2021 | Niedersachsen

Kommunalwahlen im Land Niedersachsen

26. September 2021 | Niedersachsen

Mögliche Stichwahlen der Kommunalwahlen im Land Niedersachsen

HiBs im Niedersächsischen Landtag

Impressum

HiBs-Team im Niedersächsischen Landtag
c/o Uwe Schünemann
Politischer Referent Luca Heinemann
Reinhäuser Landstraße 5
37083 Göttingen
Tel.: 0511 3030-3215
Mail: hibs-team.heinemann@outlook.de

Die Abgeordneten des HiBs-Teams

Thomas Ehbrecht
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Laura Hopmann
Oliver Schatta
Uwe Schünemann